

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 3

Artikel: Dem Nahen Osten gehen die Öleinnahmen aus
Autor: Matzken, Heino
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-917143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dem Nahen Osten gehen die Öleinnahmen aus

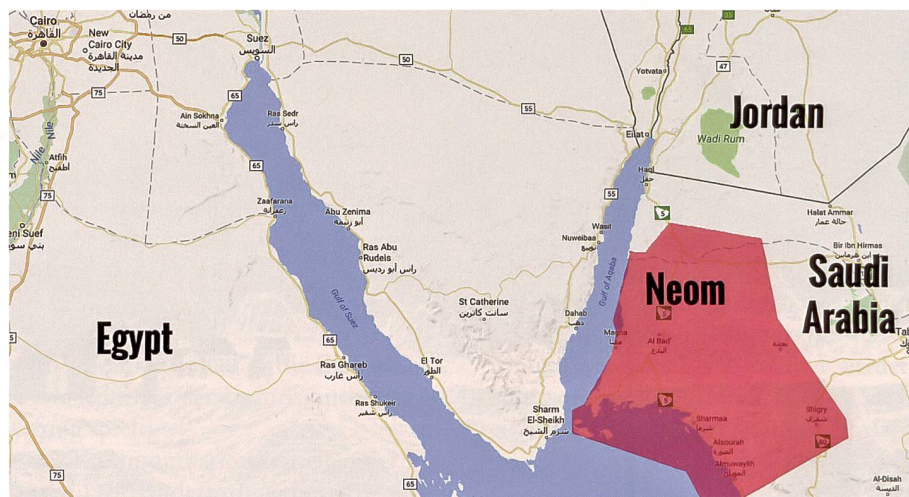
Corona, Corona, Corona! Die Medien beschäftigt nur noch ein Thema. Und das nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt. Die notwendigen, staatlich verordneten Restriktionen zur Eindämmung der Pandemie haben ihre Spuren hinterlassen – bei den Menschen, aber auch in der Wirtschaft.

Heino Matzken

Der Nahe Osten bildet keine Ausnahme. Saudi-Arabien begrenzte selbst die für die 1,8 Milliarden Muslime auf der Welt heilige Pilgerfahrt nach Mekka, die sogenannte «Hadsch», in 2020 auf eigene Staatsbürger. Für die «Hüter der Heiligen Stätten» Mekka und Medina auch ein wirtschaftlicher Rückschlag, da der Tourismus inzwischen die zweitwichtigste Einnahmequelle des Wüstenstaates bildet (2019 erbrachte sie 12 Milliarden Dollar). Die ökonomische Leistung sank 2020 um knapp 5%. Neben dem Libanon (Rückgang des BIP um über 20%) und weiteren ärmeren Staaten wie Jordanien oder Syrien verursachte das Virus also auch grosse Schäden in den «reichen», ölexportierenden Staaten.

Doch die kurz- und mittelfristigen Covid-19-Folgen lenken nur von den entscheidenden Problemen ab. Die Golfstaaten sehen sich einem aktuellen, aber voraussichtlich auch langfristig sinkendem Bedarf an Erdöl gegenüber. Der Ölsektor einschliesslich Raffinieren zeichnet für über 40% des BIP verantwortlich. So nahmen die Öleinnahmen nicht nur 2020 ab, sondern drohen auch mittelfristig nicht entscheidend zu steigen. Immer neue Erschliessungen, Schieferöl aus den USA, globale Erdgasfunde sowie die allgemeine Tendenz des verstärkten Ausbaus von erneuerbarer Energie, lassen den Ölpreis auf niedrigem Niveau stagnieren. Peking, bislang ein Grossabnehmer des schwarzen Goldes, kündigte im September an, bis 2060 klimaneutral zu werden. Dem Verursacher eines Viertels der weltweiten Treibhausgas-Emissionen kann dieses nur durch Investitionen in erneuerbare Energie und Elektroautos gelingen – keine gute Nachricht für die erdölexportierenden Länder am Golf.

Die bislang schier unbegrenzte Flut Petrodollars scheint dem Ende entgegen zu gehen. Doch wie reagieren die erdöl-



500 Mia. Dollar kostet die geplante Stadt Neom.

Bild: The Middle East Observer

exportierenden Staaten und ihre Herrscher?

Diversifizierung?

Diversifizierung ist das Zauberwort! Als Vorreiter in diesem Bereich setzten die Vereinigten Arabischen Emirate bereits vor zwei Dekaden auf die Entwicklung anderer Wirtschaftszweige. Mit dem Aufbau eines neuen Finanzzentrums – übrigens zu Lasten des gebeutelten Libanon –, dem Ausbau des Hafens von Jabel Ali und des Flughafens von Dubai als Drehkreuz für Container und Passagiere sowie letztendlich mit dem Bau des Atomkraftwerks «Barakah» («göttlicher Segen») setzte die Föderation aus sieben Emiraten Massstäbe. Der Traum nach «Ölunabhängigkeit» trieb dabei die Emire an der Strasse von Hormuz an.

Auch das seit 2015 defizitär agierende Saudi-Arabien schlägt mit seinem neuen starken Mann, Kronprinz Mohammed Bin Salman (MBS), diesen Weg ein. Bislang machen die Öleinnahmen 90% der Gesamteinkünfte aus. Um bei dem aktuellen Ausgabenniveau des Staates einen

ausgeglichene Haushalt zu erreichen, benötigt Riad einen Barrel-Preis von 75 bis 90 US-Dollar. Das scheint bei aktuell knapp über 50 Dollar utopisch. In den sieben «fetten» Jahren von 2005 bis 2014 erlaubte ein höherer Preis den Aufbau von Reserven (man spricht von ca. 500 Milliarden Dollar). Doch die Zeiten sind vorbei. Die Ersparnisse beginnen zu schmelzen. Das Haushaltsdefizit Saudi-Arabiens erreichte im letzten Jahr 80 Milliarden Dollar. Besonders die tiefen Erdölpreise (im Jahresschnitt unter 40 Dollar pro Barrel statt noch 64 in 2019) und die Corona-Pandemie verschärften die Finanzkrise. Trotz massiver Steuererhöhungen gegenüber dem Vorjahr (MBS verdreifachte die Mehrwertsteuer im Juli auf 15%), verdoppelte sich das Defizit innerhalb des letzten Jahres. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit und liegt aktuell bei über 15%. Der weltgrösste Öl-Exporteur will nun im kommenden Jahr einen um 7,5% kleineren Haushalt auflegen und so bis 2023 das Defizit sichtbar reduzieren. Der Kronprinz hat die Notwendigkeit des Umdenkens erkannt und mit seiner ambitionierten «Vision 2030» die ersten Weichen gestellt. Finanziert werden soll das «Megaprojekt Neom» mit den Reserven aus dem Public Investment Fond (PIF).

MBS erhofft sich die Schaffung von bis zu einer Million Arbeitsplätze. Die «Saudisierung» des Arbeitsmarktes ist auch deshalb wichtig, weil 80% der 10 Millionen Arbeiter in der Privatwirtschaft Ausländer sind. Insgesamt besitzen 11 der 33 Millionen Einwohner einen ausländischen Pass.

Normalisierung der Beziehungen?

Die Länder der Region sehen sich also einer Gefahr gegenüber, welche jener des schiitischen Nachbarn nahekommmt. Vermutlich eröffnete das drohende wirtschaftliche Desaster Wege, von denen die arabische Welt vor einigen Jahren noch nicht zu träumen wagte. Ex-US-Präsident Trump erreichte mit seinem unorthodoxen und oft auf finanziellen Gegenleistungen beruhenden Verhandlungsansatz die Aufnahme von Beziehungen zwischen vier arabischen Ländern (VAE, Bahrein, Marokko und Sudan) und dem jüdischen «Erzfeind». Die «Abrahams-Accords» zwischen den beiden erstgenannten und Israel haben jedoch nicht nur eine politische Komponente. Neben dieser politischen Gradwanderung ermöglicht die Normalisierung im interstaatlichen Bereich den Wirtschaften der Länder eine engere Zusammenarbeit und somit ein Potenzial für Wachstum – auf beiden Seiten. Bereits im September erfolgte der erste Direktflug von Tel Aviv nach Abu Dhabi. Die Golfmonarchien scheinen die Aufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen mit der in der Region führenden Industrienation als einen Ausweg aus dem sich ankündigenden Ende der Erdöl-Ära zu sehen. Das einzige Land, welches den Namen seiner Herrscherfamilie trägt, könnte daher ein möglicher weiterer Kandidat für eine arabisch-jüdische Annäherung sein – auch wenn offizielle Stellen dieses bislang vehement bestreiten.

Wie ernst die Lage der Nation ist, die darüber hinaus auch noch in aussenpolitisch kostspielige Abenteuer verwickelt ist (der gemeinsame Kampf gegen die jemenitischen Houthis-Rebellen kostete Saudi-Arabien schätzungsweise 60 Milliarden Dollar jährlich), zeigt auch die letzte überraschende Wendung. Anfang Januar dieses Jahrs diente die saudische Oasenstadt al-Ula mit seinen mehr als 100 monumentalen vor 2000 Jahren in Felsen geschnittenen Fassaden als Austragungsort des 41. Treffens des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten (Gulf Cooperation Council, GCC). Dabei beendete Kron-

prinz Mohammed bin Salman offiziell die seit Juni 2017 verhängten Sanktionen gegen das Emirat Katar. Gemeinsam mit Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain stoppte er für drei Jahre die Handelsbeziehungen und den diplomatischen Austausch, schloss Land- wie Seegrenzen und entzog katarischen Flugzeugen die Überflugrechte. Nun erfolgte die Beilegung des Streits, obwohl Doha die 13 Forderungen wie z.B. Ende der Unterstützung für die Muslimbrüder oder die Schliessung des Fernsehsenders Al Jazeera, nicht erfüllte. Neben der politischen Perspektive spielten auch dort wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. In der Zeit der Blockade wandte sich Doha noch weiter in Richtung Teheran und Ankara. Besonders die Türkei intensivierte auf der Golfhalbinsel so ihren ökonomischen «foot print».

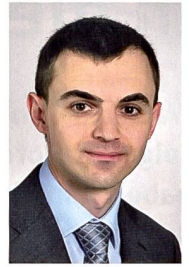
Während also europäische Autofahrer an den Tankstellen frohlocken, sehen die Golfstaaten finanziell schwierigen Zeiten entgegen. Besonders für den zukünftigen saudischen Herrscher könnte die aktuelle finanzielle Krise daher zum Prüfstein werden. Sein unpopulärer Krieg im Jemen oder seine Verwicklung in die Ermordung des Journalisten Kashoggi schwächen bereits seine Position. Ein dauerhaft niedriger Ölpreis könnte ihm die Möglichkeit der vielleicht zu spät eingeleiteten Diversifizierung seiner Wirtschaft nehmen. Wer Profiteur einer solchen Entwicklung wird, bleibt abzuwarten. Umso wichtiger wird die Positionierung des neuen US-Präsidenten Joe Biden. Bislang zeichneten die USA für die Sicherheit in der Region verantwortlich. Doch mit schwindender Wichtigkeit des schwarzen Goldes könnten auch das US-Interesse und damit dessen Engagement am Golf sinken. Eine Aussöhnung mit den «schwierigen» Nachbarn, wie z.B. Israel, Iran oder den Houthis-Rebellen, wäre für Saudi-Arabien eine Option, welche bei wachsendem finanziellem Druck weiter an Charme gewinnen könnte. Aber bis dahin ist es noch ein langer Weg, auch wenn vermeintliche Geheimtreffen zwischen Präsident Netanjahu und Mohammed Bin Salman im November 2020 in diese Richtung weisen! ■



OTL im Generalstab
Heino Matzken
M.Sc. Ph.D
Deutscher VA in Beirut

Aus dem Bundeshaus

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-N) liess sich am 25./26. Januar von Behördenvertretern eine breite Auslegeordnung über die Bekämpfung des dschihadistisch motivierten Terrorismus geben. Die gewonnenen Eindrücke trugen dazu bei, dass die SiK-N eine Parlamentarische Initiative, die eine «Gesicherte Unterbringung von staatsgefährdenden Personen» (20.465) ermöglichen will, erst später behandeln wird. In der Winter-session hatte der Nationalrat eine Motion (19.3034) angenommen, die eine «Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer» fordert, die aber von der ständerrätlichen SiK im Januar recht deutlich zur Ablehnung empfohlen wurde.



Zurückkommend auf ihr sicherheitspolitisches Seminar vom 26. Oktober 2020 reichte die SiK-N zwei Postulate ein. Eines davon (21.3012) verlangt vom Bundesrat Abklärungen, wie eine Einsatzdoktrin für autonome Waffensysteme und künstliche Intelligenz unter Berücksichtigung internationaler ethischer Standards ausgestaltet werden kann und wie sich die Schweiz international für solche Standards einsetzen kann. Das zweite Postulat (21.3013) verlangt Auskunft darüber, wie sich die Schweiz gegen feindselige Drohnenaktionen zu erwehren gedenkt.

Die SiK wollen bei der Abwehr der aktuellsten Bedrohungen durch terroristische und unbemannte Mittel Impulse geben. Die wichtigsten Impulse erfolgen aber letztendlich über die Finanzen aus dem Gesamtparlament. Wie schon nach der Finanzkrise von 2008 dürfte 2021 unter dem Eindruck der Corona-Schulden der pauschale Ruf nach «Sparmassnahmen beim Bund» ertönen – dessen Echo als Abstriche bei der staatlichen Kernaufgabe «Sicherheit» zurückhallt. Unsere 2020 ungenügenden Maskenvorräte sollten daran erinnern, dass die Krisenvorsorge auch eine Form von Sparsamkeit wäre.

Dr. Fritz Kälin
8840 Einsiedeln